



Wissenschaftsausschuss

12. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

19. April 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:36 Uhr bis 17:26 Uhr

Vorsitz: Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Der Ausschuss kommt überein, den Bericht der Landesregierung zur aktuellen Situation für Gesundheit in Bochum als eigenen Tagesordnungspunkt 10 und nicht unter „Verschiedenes“ zu behandeln.

1 Entwicklung der Teilnehmer:innenzahlen in der gemeinwohlorientierten Weiterbildung und Auswirkungen auf die Finanzsituation der Weiterbildungsträger

6

Vorlage 18/650

– Gespräch mit sachverständigen Gästen

¹ vertraulicher Teil mit TOP 10 siehe vAPr 18/28

2 Lehrstellenbesetzungsoffensive.NRW – Aufklaffende Lehrkräftelücke jetzt vorausschauend und qualitätssichernd schließen! 19

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1102

Ausschussprotokoll 18/187 (*Anhörung am 07.03.2023*)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der AfD-Fraktion ab.

3 Kernkraft heißt Zukunft – Versorgungssicherheit gewährleisten, Energiepreise stabilisieren, unseren klugen europäischen Partnern folgen! 21

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/2560

Ausschussprotokoll 18/192 (*Anhörung am 15.03.2023*)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

4 Mehr Chancengleichheit im Studium! Die Landesregierung muss einen Masterplan für den Übergang von der Schule an die Hochschule vorlegen! 22

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/3667

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt einstimmig eine schriftliche Anhörung.

- 5 IT-Sicherheit an Wissenschaftseinrichtungen stärken 23**
- Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/3669
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, keine Anhörung durchzuführen, sondern nach dem Abschluss der Beratungen in den mitberatenden Ausschüssen abzustimmen.
- 6 Der Korruption in der Ukraine entgegenwirken – Nordrhein-Westfalen unterstützt Lwiw als Modellstadt der Ukraine 24**
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/3647
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich und nicht pflichtig zu beteiligen.
- 7 Vorkommnisse an der Westfälischen Hochschule in Gelsenkirchen (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage]) 25**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1103
- Wortbeiträge
- 8 Fortbestand des Semestertickets (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage]) 28**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1102
- Wortbeiträge

9 Verschiedenes**30**

Der Ausschuss beschließt die Sitzungstermine für 2024. Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig, seine Sitzung in vertraulicher Sitzung fortzusetzen.

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschuss kommt überein, den Bericht der Landesregierung zur aktuellen Situation für Gesundheit in Bochum als eigenen Tagesordnungspunkt 10 und nicht unter „Verschiedenes“ zu behandeln.

1 **Entwicklung der Teilnehmer:innenzahlen in der gemeinwohlorientierten Weiterbildung und Auswirkungen auf die Finanzsituation der Weiterbildungsträger**

Vorlage 18/650

– Gespräch mit sachverständigen Gästen

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin begrüßt die Sachverständigen und gibt organisatorische Hinweise.

Antje Rösener (Landesorganisation der Weiterbildung in NRW): Wir danken auch im Namen des Gesprächskreises der Landesorganisation für Weiterbildung für die Einladung. Frau Sokolowsky ist Sprecherin insbesondere für die Volkshochschulen, und ich bin die Sprecherin für die Weiterbildungseinrichtungen anderer Trägerschaft. Es hat in NRW eine lange Tradition, dass wir uns ergänzen, unterschiedliche Profile abdecken und dadurch natürlich auch unterschiedliche Bedarfe haben, die heute laut werden sollen.

Wir haben gedacht, wir teilen uns das Statement ein bisschen auf; deswegen wird das jetzt ein paar Mal hin- und hergehen zwischen Frau Sokolowsky und mir. Wir wollen Ihnen Zahlen liefern, um etwas hinter diese Schlagworte aus der Presse zu schauen. Wir haben uns natürlich bemüht, aber die endgültigen Zahlen 2022 für das Berichtswesen liegen noch nicht vor. Deswegen haben wir eine kleine Blitzumfrage gemacht, an der sich ungefähr 35 % der Einrichtungen beteiligt haben, gleichermaßen VHS und Weiterbildungseinrichtungen anderer Trägerschaft, und zwar bezüglich der Fragestellung, wie die Belegung im Jahr 2022 war und wie die Weiterbildung nach der Coronapandemie wieder an die Öffentlichkeit gekommen ist und wieder die Menschen gesammelt hat. Das ist ja auch der Auftrag, dass wir wieder Räume zum Austausch, zur politischen Bildung, zur kulturellen Begegnung usw. schaffen.

Das Ergebnis ist relativ eindeutig und gleichermaßen für beide Bereiche gültig: Wir haben festgestellt, dass die Einrichtungen im Jahr 2022 zwischen 70 und 80 % des Angebotes von 2019 als dem Vergleichsjahr durchgeführt haben. Das hat uns selbst erfreut, müssen wir sagen, weil das exakt dem Verlauf des Jahres entspricht. Wir waren bis Mitte März noch bis auf ganz schmale Segmente komplett geschlossen und haben dann im März laut Landesgesetz wieder anfangen dürfen zu arbeiten. Da waren wir natürlich unterschiedlich schnell. Wir hatten die Möglichkeit zu starten. Natürlich gehen Abendkurse und so was viel schneller, aber gerade die Häuser mit Übernachtungsmöglichkeiten haben noch schwere Monate gehabt, mindestens bis Ende Mai, als sich die Menschen so langsam wieder traute, zum Beispiel mit drei Übernachtungen zu buchen, als auch die Häuser langsam wieder geöffnet hatten, in die wir eingebucht waren.

Daher ist das aus unserer Sicht ein wirklich starkes Ergebnis, dass wir es trotz dieser Einschränkung im Teilnehmertagebereich, also im Übernachtungsbereich, geschafft haben, wieder zwischen 70 und 80 % des Angebotes von 2019 zu erreichen. Nichtsdestotrotz sieht man auch an diesem Ergebnis schon – ich habe die Teilnehmer

erwähnt –, dass es Bereiche gab, die auch weniger als 70 oder weniger als 80 % geschafft haben, weil sie eben ein Segment bedienen, was total wichtig ist – das nachhaltige Lernen, gerade mit Übernachtung – und was eben noch stärker von Corona betroffen war im Jahr 2022 als andere. Diese Schwankungen gibt es also, aber das Gesamtergebnis ist wirklich – wenn wir auch andere Bereiche der Kultur bedenken wie Kinos usw., wo es viel schwieriger ist, wieder loszulegen – aus unserer Sicht ein starkes Ergebnis.

Celia Sokolowsky (Landesorganisation der Weiterbildung in NRW): Wir sind davon ausgegangen, dass es möglicherweise ganz interessant für Sie ist zu erfahren, was wir als erfolgreiche Strategien identifiziert haben, die die Weiterbildung angewandt hat, um 2022 dieses aus unserer Sicht – und Sie werden da sicherlich zustimmen – doch erfolgreiche Ergebnisse zu realisieren.

Da wäre zu nennen, dass wir auf der einen Seite Bildungsveranstaltungen auch mit einer geringen Anzahl von Teilnehmenden haben starten lassen. Es wurde priorisiert, die Häuser zu öffnen, Veranstaltungen stattfinden zu lassen, und nicht in erster Linie auf die auskömmliche Refinanzierung dieser Angebote geachtet. Das heißt, daraus lässt sich auch ableiten, dass sich die finanzielle Lage der Häuser infolge dieser Politik nicht unbedingt verbessert hat, aber wir denken, dass das ein sehr wichtiges Signal war, tatsächlich offen zu sein, zu dem Zeitpunkt, an dem es möglich war, die Häuser wieder zu öffnen und diese Begegnungsräume zu schaffen, also vor Ort präsent zu sein.

Darüber hinaus – das wäre eine weitere Strategie – wurden digitale und hybride Räume konsequent in der Pandemie und während der Lockdowns genutzt. Ein Digitalisierungsschub ist in der Weiterbildung nachweisbar, der auch während der Pandemie stattgefunden hat. Wir haben im Zuge dessen auch neue Zielgruppen erreicht und angesprochen.

Das heißt in der Konsequenz auch, dass wir heute – und wir denken: fortbleibend – beide Welten gut bedienen müssen: die digitale Welt, die digitalen Angebote, und natürlich auch die Angebote vor Ort, die uns besonders wichtig und wertvoll sind, weil wir bedarfsgerecht Menschen erreichen und eben vor allen Dingen den Dialog und die Begegnung haben. Aber das Hybride, die Möglichkeit, auch digital teilnehmen zu können, wenn vielleicht die Wege weit sind, im ländlichen Raum nicht alles verfügbar ist, familiäre Situationen dagegensprechen, wie auch immer, ist eben auch sehr wichtig. Diese Räume sind geöffnet und sollten nicht wieder geschlossen werden.

Ansonsten hat die gemeinwohlorientierte Weiterbildung auch ihr Programm weiterentwickelt. Wir meinen, dass sie sich auch in der Pandemie sehr bedarfsgerecht orientiert hat, also viele Angebote gemacht hat, die vielleicht auch als Bildungsbedarfe verstärkt oder mit Schub gekommen sind. Wir haben viele Angebote neu dabei im Bereich der Digitalkompetenzen, wir haben viele Gesundheitsthemen, die ausdifferenziert wurden. „Gesund im Homeoffice“ ist in der Pandemie besonders stark geworden und boomt bis heute. Wir haben vieles auch bei der Medienkompetenz, das über diese Anwendungskompetenzen hinausgeht, auch vieles in der Medienerziehung. Jeder, der Kinder hat, wird festgestellt haben, dass sich die Bildschirmzeiten im Lockdown verdoppelt und

verdreifacht haben. Wir haben auch vieles im Bereich der arbeitsweltorientierten Weiterbildung an Weiterentwicklung feststellen können. Wir sehen auch, dass sich viele Menschen auch in der Arbeitswelt neu orientieren oder vielleicht auch ihren beruflichen Status hinterfragen.

Als letzter Punkt in den Strategien wäre das Marketing zu nennen. Auch das hat sich diversifiziert, das ist auch digitaler geworden, das ist auch stärker im Bereich sozialer Medien geworden. Auch das ist nicht ohne Herausforderungen für unsere Organisation. Wir sehen, dass nicht allein durch die Pandemie, aber vielleicht mit dem Schub der Pandemie ein Organisationsentwicklungsprozess bei den Weiterbildungseinrichtungen stattgefunden hat, der sicherlich über diese Phase der Pandemie hinaus wirken wird. Das trifft ganz bestimmt auf die Themen zu, die alle der digitalen Transformation zuzurechnen sind. Über bleibende Herausforderungen würden wir gerne noch mit Ihnen diskutieren. Vielleicht gibt es aber an dieser Stelle Nachfragen.

Antje Rösener (Landesorganisation der Weiterbildung in NRW): Frau Sokolowsky hat erwähnt, dass wir die Kurse mit weniger Teilnehmern haben laufen lassen, was Einnahmeausfälle bedeutet. Die zwei Räume, die wir bespielen, digital und analog, bedeuten Mehrkosten. Das Marketing, das wir besonders angefangen haben, um zu zeigen, dass wir wieder da sind, und natürlich auch die Inflation sind alles Mehrausgaben. Was macht die Weiterbildung, wenn man Mehrausgaben hat? Man hat nur die Chance, wenn von der öffentlichen Hand nicht mehr kommt, die Teilnahmegebühren zu erhöhen. Das heißt in der Konsequenz, dass wir die bildungsungewohnteren, die bildungsferneren Zielgruppen schlechter erreichen.

Ich sage immer: Wir brauchen die Teilnahmegebühr in der oberen Mittelschicht, um arbeiten zu können. Die Gemeinwohlorientierung der gemeinwohlorientierten Weiterbildung ist in so einer Finanzlage ein Problem. Für sozialraumorientierte Angebote braucht man Monate Vorlauf, bis man endlich ein Bildungsangebot hat. Das können wir eigentlich nicht finanzieren. Diese besonders notwendige Bildung für besonders bedürftige Gruppen ist eigentlich für uns fast nicht mehr zu finanzieren. Ich gebe Ihnen ein Beispiel; ich habe das mal am Kurs „Zeitmanagement“ nachgeguckt: Wir machen den ungefähr für 100 Euro am Tag. Die richtig profitorientierten Bildungseinrichtungen machen den für 400 Euro am Tag. Das ist der Unterschied zwischen denen, die mit Weiterbildung wirklich Gewinn machen, und uns, die wir noch versuchen, gemeinwohlorientiert zu sein. Es wird angesichts der steigenden Ausgaben, die wir im letzten Jahr hatten, und der Inflation usw. immer schwieriger, diesen Anspruch der Gemeinwohlorientierung einzulösen.

Wir danken dem Parlament für dieses Weiterbildungsgesetz und insbesondere auch dafür, dass es die Möglichkeit gibt, sich für die Vor- und Nachbereitungszeit, die wir wirklich haben, Stunden anrechnen zu lassen. Wir brauchen das auch flexibel. Ich habe selbst 35 Einrichtungen, bei denen ich immer ganz hautnah mitbekomme, dass man zum Beispiel Abendreihen meinetwegen in Englisch drei bis vier Jahre nach dem gleichen Curriculum durchlaufen lassen kann, aber in der politischen Bildung und eben auch in der beruflichen Bildung ändern sich die Bedarfe sehr schnell. Wir haben Einrichtungen, die jedes Jahr 80 bis 85 % neues Programm machen. Wir brauchen eine

höhere Vorbereitungszeit, als wenn man Kurse hat, die man standardmäßig durchlaufen lassen kann. Daher danken wir dem Parlament, dass das Gesetz so verfasst wurde, und wünschen uns auch, dass das aufrechterhalten bleibt.

Sonja Schweizer (Landesarbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke):

Ich darf mich erst mal dem Dank für ein Weiterbildungsgesetz anschließen, das der politischen Bildung vielfältige Möglichkeiten eröffnet. Gleichwohl freue ich mich, dass dieses Weiterbildungsgesetz demnächst evaluiert wird. Es wird sich zeigen, dass man das, was sich durch Corona und die multiplen Krisen, die wir jetzt weltweit erleben, verändert hat, noch flexibler gestalten muss. Darüber sollten wir dann auch zum angemessenen Zeitpunkt ins Gespräch kommen.

Bei der Entwicklung der Teilnehmendenzahlen kann ich mich den beiden Sprecherinnen des Gesprächskreises anschließen: Die Zahlen von 2019 haben wir trotz eines enorm hohen Engagements noch nicht erreicht. Ich spreche hier für ein Drittel der anerkannten politischen Bildungseinrichtungen, der sogenannten Spezialisten der politischen Bildung, und kann nur sagen: Wir brauchen noch eine Zeit. Wir haben maximal 70 bis 80 % der Bildungsleistungen von 2019 wieder erreicht.

Sorgen hat uns im Jahr 2022 gemacht, dass ein gutes Drittel dieser Spezialisten, die die öffentliche Aufgabe zur Demokratiestärkung wahrnehmen, die Bildungsleistungen, die laut WBG vorgeschrieben ist, nicht erreichen konnten. Die 20 %, die dann durch die Pauschale kamen, waren eine Entlastung, aber es gibt auch Einrichtungen, die trotz dieser Entlastung die Teilnehmerzahlen nicht erreicht haben.

Ich möchte auch zu bedenken geben, dass wir bereits für Normaljahre eine Anerkennung der Vor- und Nachbereitungszeit von ungefähr 30 % gefordert hatten, denn was wir in der politischen Bildung machen, muss immer sehr aktuell sein. Wir können nicht auf langjährige Curricula zurückgreifen. Wir können bei Studienseminaren zur Osteuropapolitik nicht Seminare abspulen, die wir 2019 gemacht haben oder die wir 2020 gemacht hätten. Da bedarf es immer wieder neuer Innovationen und eines hohen Aufwandes. 30 %, so wie Lehrerinnen und Lehrer das am Gymnasium für Vor- und Nachbereitung bekommen, hätten wir für Normaljahre angemessen gefunden. Wir haben in einem Ausnahmejahr 2022, in dem alle gekämpft haben, 20 % bekommen. Das hat geholfen, aber das darf nicht das Ende der Diskussion darüber bedeuten, welche Pauschale angemessen ist.

Ich habe von dem enormen Engagement der Einrichtungen gesprochen; auch die Sprecherinnen des Gesprächskreises haben darauf hingewiesen. Das Engagement ist nicht immer ganz deutlich, wenn man nicht praktisch in einer Bildungseinrichtung arbeitet. Wir haben im ersten Quartal durch die strikten Aufforderungen zur Kontaktvermeidung nichts durchführen können, es war aber geplant. Was also mit Aufwand geplant war, musste abgesagt werden. Den Teilnehmenden musste abgesagt werden, Gelder mussten zurücküberwiesen werden, aber es mussten auch neue Veranstaltungen geplant werden, wieder mit Aufwand. Dann kam es zu geringeren Anmeldeständen, weil die Leute selbstverständlich immer noch Angst hatten, weil die Leute vielleicht auch ganz andere Probleme hatten. Wir haben noch mal das ein oder andere

abgesagt, haben noch mal neu geplant, und auch da hat nicht alles stattgefunden, was wir uns erträumt haben.

Wir haben diese schwierige Situation sehr rechtzeitig im ersten Quartal dem Ministerium angezeigt. Dann wurde uns gesagt: Lasst uns abwarten, wir warten auf den Sommer. – Wir haben auf den Sommer gewartet, wir haben keine Antwort bekommen. Wir haben dann noch mal über den Gesprächskreis, über die Sprecherinnen auf diese schwierige Situation schriftlich hingewiesen. Wir haben gewartet bis November. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen hier deutlich zu machen, was das für die Mitarbeitenden in den Bildungseinrichtungen bedeutet hat, die ein enormes Engagement gezeigt haben:

Das bedeutete nämlich, dass die Angst hatten, dass wir die Leistung nicht erreichen, dass sie vielleicht am Ende des Jahres keinen Arbeitsplatz mehr haben. Die Motivation sinkt dann verständlicherweise. Das kann jede und jeder von Ihnen nachvollziehen. In dieser Situation, wo Menschen Angst haben, muss ich als Einrichtungsleitung dann immer noch mehr und noch bessere und engagierte Leistung fordern, noch besseres Marketing, noch eine breitere Aufstellung hin zu Seminaren, die nicht nur in Präsenz, sondern auch digital stattfinden. Sie können sich ungefähr vorstellen, was das bedeutet. 2022 war also ein ganz besonderes Jahr für uns.

Frau Rösener und Frau Sokolowsky hatten auch angesprochen, dass es weitere Herausforderungen gab, nämlich dass wir mit Kostensteigerungen zu tun hatten, dass wir aber nicht das, was an Kosten auf uns zukamen, auf die Teilnehmer umlegen konnten. Dann hätten wir nämlich noch weniger Menschen erreicht, dann hätten wir noch weniger Menschen die Teilnahme ermöglicht. Angesichts der multiplen Krisen ist eine starke politische Weiterbildung unbedingt vonnöten. Darauf kann man nicht verzichten, und die sollte allen Menschen möglich sein. Diese Teilhabe ist unverzichtbar. Demokratie ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss.

Wir haben diese Kosten nicht weitergegeben oder nicht weitergeben können. Wir sind natürlich dankbar, dass jetzt in diesem Jahr der Energiefonds zur Entlastung der Einrichtungen beiträgt, aber die um 30 % gestiegenen Hotelkosten bei Studienseminaren, die um 30 % gestiegenen Kosten für die Reisebusse, die unsere Gruppen gut und klimafreundlich an die Orte des politischen Geschehens bringen, diese Kosten können wir nicht umlegen. Dann kommt niemand mehr, und wir können diese wichtige Gedenkstättenarbeit, diese wichtigen Seminare zur Osteuropapolitik, insgesamt zur Europa- und Deutschlandpolitik nicht mehr durchführen. Uns treibt sehr um, wie wir damit klarkommen.

Viele Teams haben sich dazu entschlossen, dass die Kostensteigerungen und damit die geringeren Einnahmen zu einem Verzicht der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führen, die genauso wie viele andere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jetzt natürlich angesichts der enormen Lebenshaltungskosten höhere Löhne hätten. In der politischen Bildung sind wir alle mit Leib und Seele Bildnerinnen und Bildner. Wir sind wahrscheinlich auch viele Idealisten, viel mehr als in vielen anderen Bereichen. Wir haben darauf verzichtet, Gehälter zu erhöhen. Wir haben auch unsere freiberuflichen Dozentinnen und Dozenten, ohne die wir unsere tollen und qualifizierten Angebote nicht machen können, dazu bewegen können, dass sie auf Honorarsteigerungen verzichten.

Das ist aber kein Dauerzustand, wenn die Lebenshaltungskosten weiter durch die Decke gehen.

Wir wünschen uns, dass wir miteinander ein Gesprächsklima schaffen, dass wir flexibel auf das reagieren, was wir an Herausforderungen haben, die hier hinreichend skizziert wurden, die ich noch mal angerissen habe und zu denen wir auch gerne Fragen beantworten. Wir wünschen uns, dass deutlich wird, dass die gemeinwohlorientierte Weiterbildung die vierte Säule im Bildungssystem ist. Wir wünschen uns insbesondere als LDB, dass die politische Bildung tatsächlich auch faktisch den Stellenwert hier im Land bekommt, der ihr bei der Stärkung der Demokratie zukommt.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Vielen Dank. Wir haben jetzt noch 25 Minuten. Ich bitte, bei der Beantwortung dieser Frage darauf zu achten, sich kurz zu halten. – Jetzt kommen wir zu den Wortmeldungen aus dem Ausschuss.

Jens Kamieth (CDU): Schönen Dank zunächst mal für den engagierten Vortrag. Geben Sie bitte den Dank auch an diejenigen weiter, die vor Ort die engagierte Arbeit in einem nach wie vor sehr schwierigen Umfeld geleistet haben. Erst durften die Leute nicht zur Weiterbildung kommen, und jetzt sind wir in einer Phase, in der man den Groschen zweimal umdreht und es sich zweimal überlegt, ob man tatsächlich Weiterbildung in Anspruch nehmen kann.

Vor diesem Hintergrund würde ich noch mal an einem Punkt nachfassen und Ihnen vielleicht auch die Gelegenheit geben wollen, etwas zu differenzieren. Wenn man Corona bzw. die Energiekrise als Zäsur nimmt – wie haben sich denn die Teilnehmerzahlen sozusagen davor und aktuell entwickelt? Sind wir in einem leichten Aufschwung, in einem leichten Abschwung? Können Sie dazu vielleicht noch einmal etwas sagen?

Zweitens. Vielleicht können Sie auch etwas differenzierter ausführen. Wie sieht es im ländlichen Raum aus? Wie sieht es in Ballungszentren aus? Wie sieht es also bei kleineren und größeren Einrichtungen aus? Vielleicht können Sie uns dazu noch ein paar Informationen liefern.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: An wen genau richtet sich die Frage?

Jens Kamieth (CDU): Der Gesprächskreis spricht mit einer Zunge, nehme ich an; vielleicht dann jeweils einen Beitrag.

Antje Rösener (Landesorganisation der Weiterbildung in NRW): Es ist generell natürlich so, dass die kleineren Einrichtungen größere Probleme haben, weil wir ja ein bestimmtes Soll erfüllen müssen. Wenn es an einer Stelle Einbrüche gab, macht sich das sofort viel stärker bemerkbar, als wenn man fünf bis neun HPM hat und das untereinander ausgeglichen werden kann. Die Teilnehmerzahlen, sofern wir das sehen, werden 2023 noch stärker als 2022. Man kann sagen: 2022 waren wir eigentlich von der durchgeführten Zahl der Veranstaltungen her auf dem Niveau von 2019, wenn man

die ersten drei Monate rausstreicht, nur eben mit geringeren Teilnehmerzahlen. Zum Teil haben wir Kurse mit sieben Leuten im Mai durchgeführt, um zu sagen: Hey, wir sind da, wir sind offen, ihr könnt wieder kommen, wir bieten euch diese Räume.

Jetzt fahren wir halt einen sehr komplizierten Mix. Wir haben jetzt zum Beispiel beschlossen, Onlinevorträge ganz kostenfrei zu machen, um noch stärker wieder öffentlich zu wirken. Für 10 Euro Rechnungen zu schreiben, bringt überhaupt nichts. Wir probieren einen neuen Mix von digital und analog aus, was wir angesichts der steigenden Kosten finanzieren können. Das können wir auch nicht auf ewig durchhalten. Da probieren wir jetzt aus, aber die Zahlen sind im Jahr 2023 steigend.

Celia Sokolowsky (Landesorganisation der Weiterbildung in NRW): Bei bestimmten Dingen würde ich um Geduld bitten. Die Zahlen werden jetzt erhoben. Das Berichtswesen NRW erhebt jetzt die Zahlen, das heißt, in einem Vierteljahr werden wir differenzierte Zahlen aller Einrichtungen haben und können dann genauer hinschauen, was vielleicht spezifische Größen oder auch die einzelnen Bereiche betrifft.

Ganz generell berichten schon viele Einrichtungen, dass sich Dinge verändert haben. Das Anmeldeverhalten der Leute ist nicht das Gleiche, aber bleibt das langfristig so? Man hat im Moment eine Renaissance der Abendkasse, die auch im Kulturbereich festzustellen ist. Die Leute buchen zum Teil am Tag vorher den Kurs. Ob das ein durch die Pandemie kurzfristig eingeübtes Verhalten ist, was sich auch wieder ausgleicht, oder ob es eine ganze Weile so bleibt, weiß niemand. Auch wird berichtet, dass die Festlegung auf ein ganzes Semester ein bisschen schwieriger zu sein scheint als auf eine Einzelveranstaltung, aber es kommt auch sehr darauf an. Insgesamt sehen wir einen Aufschwung bei der Nachfrage nach Weiterbildung.

Generell haben die kleinen Einrichtungen mit all den Herausforderungen, die angesprochen wurden, immer stärker zu kämpfen als die großen: Die Diversifizierung des Marketings, des Programms, der Formate, also digital und hybrid und vor Ort vorzuhalten – das ist für ein kleines Haus schwieriger. Gleichzeitig ist diese Vielfalt in der Fläche auch ein Kennzeichen, das unsere Weiterbildung hier sehr ausmacht, die wir alle sehr zu schätzen wissen.

Sonja Schweizer (Landesarbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke): Es ist schwierig zu sagen, wie der Aufschwung ist. Wir hatten ausgeführt, dass wir die Zahlen von 2019 noch nicht erreicht haben. Das erste Quartal war ganz schwierig, aber natürlich haben wir uns stark bemüht; ich habe eben ausgeführt, in welchem Maß und mit welcher Belastung. Wir haben ein Ergebnis erreicht, womit wir angesichts des weiteren Ausnahmejahres 2022 als Einrichtungen doch sehr zufrieden sind.

Wie sich das weiterentwickelt, kann niemand sagen. Wir wissen noch nicht, wie Menschen reagieren, wenn sie jetzt ihre Nebenkostenabrechnungen zum Beispiel bekommen und die Haushaltskasse noch kleiner wird. Politische Bildung muss niemand machen, darf jeder, soll jeder machen, aber wir haben ja keinen Zwang dahinter und keine Verpflichtungen. Wir befürchten natürlich, dass da auch gespart wird. Wir müssen gucken, ob dieser Aufschwung anhält; das wird die Zeit zeigen.

Zudem möchte ich mich Frau Sokolowsky anschließen: Wir haben noch nicht alle genauen Zahlen von allen Einrichtungen vorliegen. Gleichwohl auf Ihre Frage nach kleinen und größeren Einrichtungen bei uns in der politischen Bildung – wie gesagt: Ich vertrete etwas mehr als 30 % der anerkannten politischen Bildungseinrichtung – möchte ich sagen: Da kann man nicht genau sagen, es trifft eher die kleinen, es trifft eher die großen. Es kommt darauf an, wer welche Nische hat, wo spezialisiert ist und welche Zielgruppen anspricht.

Ich darf Ihnen aber verraten, dass es eine sehr große Einrichtung gibt, die mit den 20 % nicht hinkommen wird; das muss ich leider sagen, und das ist natürlich traurig. Wir würden uns wünschen, dass diese Einrichtungen, die es nicht geschafft haben, die Teilnehmerzahlen im Soll mit den 20 % zu erreichen, nicht noch zurückzahlen müssen und damit noch weitere Schwierigkeiten ausgelöst werden. Das ist eine Bitte, die ich von der LDB mitbringe.

Eine weitere Bitte. Wir haben durch die Schwierigkeiten der Einrichtungen das Problem gehabt und haben es noch, dass Fachkräfte abwandern. Sobald sich eine andere Perspektive bietet, die sicher ist, gehen tolle Leute, auf die wir immer bauen konnten, und es ist schwer, diese Menschen zu ersetzen. Wir haben dann unter Umständen Gaps, denn es gibt einen unglaublichen Fachkräftemangel in allen Bereichen, aber leider auch bei uns. Das würde dann zusätzlich bedeuten: Können wir Stellen nicht nahtlos wieder besetzen, sondern haben ein Gap von zwei bis vier Monaten, müssen wir Teile der Finanzierung zurückbezahlen, was die Einrichtungen, die alle noch angeschlagen sind, weiter belasten würde. Auch hier darf ich mitbringen von der LDB, dass Sie doch darüber beraten mögen, ob es Möglichkeiten gibt, den Einrichtungen zu helfen, denn jede Einrichtung, die stirbt, lässt ein Stück unserer hervorragenden Weiterbildungslandschaft in NRW sterben.

Julia Eisentraut (GRÜNE): Auch von meiner Seite vielen Dank für Ihre engagierten und ausführlichen Statements. Ich hätte eine Frage in die Zukunft gerichtet. Wir hatten während der Coronapandemie und auch jetzt in der Energiekrise sehr viele verschiedene Unterstützungsmaßnahmen. Es gab die Hilfen bei der Coronapandemie, um die fehlende Teilnehmendenzahl auszugleichen. Es gab die Energiekostenpauschalen, um die gestiegenen Energiekosten auszugleichen. Sie haben eben selbst gesagt, dass die nächsten Krisen kommen werden. Deshalb würde mich sehr interessieren, was wir für die nächsten Krisen aus den letzten beiden lernen können.

Antje Rösener (Landesorganisation der Weiterbildung in NRW): Das Wichtigste ist, glaube ich, die strukturelle Unterfinanzierung der Weiterbildung aufzuheben. Ich habe ja gesagt, dass wir durch die Kostensteigerungen immer mehr auf die Teilnahmegebühren angewiesen sind, also auf die gut bezahlenden Kreise der Mittelschicht und der oberen Mittelschicht. Das ist eigentlich nicht unser Auftrag oder nur ein kleiner Teilauftrag. Politische Bildung richtet sich natürlich an alle, aber wir wollen einfach auch Angebote an die Bildungsungewohnteren machen. Wir haben auch viele Möglichkeiten, zum Beispiel durch die Familienbildung. Damit erreichen wir wirklich die Familien sehr gut in den ersten Monaten, in den ersten Lebensjahren. Es macht uns aber

wirklich Sorgen, wie wir die Preise gestalten sollen. Wir haben schon Sondertöpfe für Leute aufgelegt, die das eben nicht bezahlen können.

Die Kostensteigerungen müssen irgendwie strukturell abgefangen werden. Wir können nicht jeden Monat noch 20 Sonderanträge ausfüllen; dafür haben wir auch keine Kapazitäten mehr. Wir können auch nicht noch drei weitere Innovationsfonds bedienen. Das sind alles Personalressourcen, die da reingehen. Wir brauchen wirklich eine solide strukturelle Grundförderung. Das Maß an Sondertöpfen, die wir immer extra beantragen müssen, ist erfüllt. Das war in der Pandemie hilfreich, aber jetzt geht noch mehr einfach nicht.

Celia Sokolowsky (Landesorganisation der Weiterbildung in NRW): Ich darf für die Frage danken und Frau Rösener verstärken. Ich glaube, wir sind alle sehr dankbar für die Coronahilfen, die es für die Weiterbildung gab. Das Land und das Parlament haben sehr großzügig Unterstützungsmaßnahmen geschaffen, um der Weiterbildung so gut durch diese Krisen zu helfen. Bildung für alle ist auch im Erwachsenenalter absolut notwendig. Auch dieser Ausschuss beschäftigt sich zum Beispiel mit ChatGPT und den Möglichkeiten von KI. Die Bevölkerung ist auf diese Technologien, um jetzt einfach nur ein Highlight zu setzen, nicht vorbereitet.

Das ist einfach nur ein Zeichen, um zu sagen: Im Erwachsenenalter ist es absolut notwendig, noch bestimmte kritische Kompetenzen zu erlernen und sich mit dem, was gesellschaftlich passiert, auseinanderzusetzen, um diese Gesellschaft mitgestalten zu können und um ein demokratisches Gemeinwesen zu haben, das darüber entscheidet, was mit diesen Technologien passiert. Es braucht eine systematische und solide Finanzierung, um in der Vielfalt der Weiterbildung eine Grundlage zu schaffen, damit die Einrichtungen für alle wirken können.

Sonja Schweizer (Landesarbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke): Den Einrichtungen der politischen Bildung haben die Pandemiegesetzgebung, der Coronarettungsschirm und der Energiefonds das Leben gerettet. Das ist eine unglaublich tolle Leistung gewesen, für die wir sehr dankbar sind. Was wir uns aber mit Blick auf aufsuchende Bildungsarbeit, die zur Demokratiestärkung immer wichtiger wird, tatsächlich wünschen, ist eben auch, dass dieses besondere Format noch mal anders im WBG bedacht wird und dass die strukturelle Förderung für die Weiterbildung insgesamt einfach solider und den Lebenshaltungskosten angepasster wird.

Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD): Sie haben erwähnt, dass gerade im privaten Bereich und insbesondere in der Industrie andere Margen aufgerufen werden, was beispielsweise die Bezahlung angeht. Sie schaffen Sie es dann, gute Dozenten zu bekommen? Können Sie das noch mal kurz umreißen? Die Frage geht an Frau Schweizer.

Sonja Schweizer (Landesarbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke): Wie schaffen wir es, gute Dozenten zu bekommen? – Ich kann das mal beispielhaft für meine Einrichtung erklären; es gibt es auch andere Einrichtungen, die das so machen. Wir bieten eine Trainerausbildung über Train-the-Trainer an. Menschen, die sich bei

uns für ihr politisches oder ihr gesellschaftliches Ehrenamt fortbilden, kommen manchmal in unsere Trainerausbildung, und wenn wir sie toll finden, sprechen wir sie an und schulen sie weiter. Sie sind dann bereit, für die relativ kleinen Honorare bei uns zu arbeiten. Wir ziehen die Menschen mit Herzblut an; andere haben es vielleicht noch schwerer.

Carolin Kirsch (SPD): Erst einmal herzlichen Dank auch von mir. Es sind ja schon viele Fragen gestellt worden und sehr viel umfassendere Antworten zurückgekommen. Ich habe eine konkrete Nachfrage. Frau Schweizer, Sie sprachen eben schon die Sorge vor Rückzahlungen an. Das ist also noch nicht ausgeräumt, ist mein Eindruck. Könnten Sie noch etwas konkreter darauf eingehen, was aktuell die Problematik ist?

Außerdem ist auch die Flexibilisierung angesprochen worden. Vielleicht ist das auch schon im Kontext, was Sie im Nachgang erläutert haben. Ansonsten würde mich doch noch etwas genauer interessieren, was damit gemeint ist und gewünscht wird.

Sie alle haben darauf hingewiesen, wie wichtig bestimmte Angebote in der Weiterbildung für unsere demokratische Gesellschaft sind. Mich würde generell zum einen mit Blick auf die politische Bildung interessieren: Welche Perspektive sehen Sie? Was brauchen Sie vielleicht auch noch mehr an Unterstützung, um Dinge leisten zu können?

Frau Rösener hat es eben schon gesagt. Familienbildung ist nicht unbedingt unser Thema hier im Wissenschaftsausschuss, aber einfach nur aus Interesse möchte ich fragen: Welche Angebote können Sie möglicherweise im Moment nicht mehr machen, oder wo müssen Sie vielleicht in Kürze bestimmte Angebote kürzen oder beenden, wenn es nicht mehr Unterstützung im Bereich der Familienbildung gibt? Das würde mich doch mal konkret interessieren.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Ich bitte wieder um eine kurze Beantwortung. Wir haben noch 10 Minuten, und es ist noch eine Frage auf dem Tableau.

Sonja Schweizer (Landesarbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke): Sie hatten um Erläuterung zur Rückzahlung gebeten. Wenn eine Einrichtung auch unter Berücksichtigung dieser 20 % für Vor- und Nachbereitung von der Bildungsleistung weniger Teilnehmertage erbracht hat, erfolgt eine Berechnung, wie viel Teilnehmertage zum Beispiel für die Leistung eines HPM fehlen. Für eine Einrichtung, bei der Teilnehmertage für einen HPM fehlen, bedeutet das, dass die Mittel, die dann rechnerisch auf diese Person entfallen, nämlich bei Einrichtungen anderer Trägerschaft 42.000 Euro, zurückgezahlt werden müssen. Ist das mehr, erhöht sich das, ist das weniger, verringert sich das. Für gemeinwohlorientierte Einrichtungen, die keinen Gewinn machen und in harten Zeiten stecken, sind das schon erhebliche Beträge. Ich weiß von einer Einrichtung, die die Teilnehmerzahlen für 1,8 HPM nicht erbracht hat; das trifft die hart.

Zur Flexibilisierung. Wenn ich Sonderformate mache, die nicht in einem Seminarraum stattfinden, die nicht im Rahmen eines Studienseminars zum Beispiel in Berlin statt-

finden, sondern ich aufsuchende Bildungsarbeit betreibe, möchte ich Folgendes ausführen: In meiner Einrichtung machen wir beispielsweise politische Bildung für Gefangene. Aufwand und Kosten sind nicht abzubilden. Wir gehen einmal in der Woche hin, und es finden zwei Unterrichtsstunden statt. Das sind für meine Bildungsleistung Peanuts, selbst wenn ich das sechs Wochen lang mache und selbst wenn ich das in zehn Einrichtungen mache. Mache ich ein Studienseminar mit 50 Teilnehmenden 14 Tage lang, vergesse ich doch gerne, dass es auch eine gute aufsuchende politische Bildungsarbeit gibt.

Zudem muss ich, wenn ich eine solche aufsuchende Bildungsarbeit mache oder Demokratiewerkstätten durchführe, eine Feldforschung betreiben. Mich hat die Feldforschung, um politische Bildung für Gefangene anzubieten, ein Jahr gekostet; ich habe ein Jahr lang daran gearbeitet. Gott sei Dank habe ich immer eine hohe Nachfrage von Praktikanten und Praktikantinnen der Universität Düsseldorf, die ihr Pflichtpraktikum im Studium gerne bei uns machen, die unterstützt haben. Um diese zwei Stunden durchführen zu können, bereitet man locker zwei, vier und manchmal mehr Stunden vor – je nachdem, welche Themen bearbeitet werden.

Sie können sich sicher vorstellen: Wenn die Teilnehmenden zu dem Thema arbeiten wollen „Was machen wir jetzt eigentlich in dieser Ukrainesituation, was kommt da auf uns zu, und was sind die Hintergründe“, dass sich nicht jeder und jeder in der politischen Bildung aus dem Handgelenk schütteln kann, was da für Fakten vermittelt werden sollten – und dazu noch an Menschen, die in der Regel eine Schulbildung haben, die die 7. Klasse nicht überstiegen hat. Das heißt, ich muss vereinfachen, ich muss eine andere Sprache finden, und ich muss besondere Materialien erstellen.

Dann wird das Problem deutlich, welche Flexibilisierung wir uns wünschen, nämlich die Entkoppelung der Bildungsleistung von diesen 1.300 Teilnehmertagen, die aus dem alten Gesetz übernommen wurde. Wir möchten nicht für solche Dinge, die wir als wichtig erachten, Sondermittel beantragen müssen: noch mehr Aufwand, noch mehr Personalressourcen bei einer knappen Besetzung.

Antje Rösener (Landesorganisation der Weiterbildung in NRW): Welche Angebote fallen in der Familienbildung weg? – Ich glaube, es ist anders. Wir versuchen natürlich, Angebote weiterzuführen, aber wir erhöhen die Teilnahmepreise. Dadurch fallen eben bestimmte Zielgruppen heraus. Politische Bildung rechnet sich nie. Interreligiöse, interkulturelle Bildung rechnet sich nie. Wir müssen oft zum Geld aus dem WBG noch andere Töpfe holen. Wir machen zum Beispiel eine Fahrt mit Neuzugewanderten und deren Unterstützern nach Berlin, Holocaust, Bundestag usw., um die Identifikation mit Deutschland zu erhöhen. Bei einer Gruppe von 20 Leuten brauchen wir 8.000 bis 10.000 Euro extra. In Zeiten der Finanzknappheit wird versucht, die Teilnehmerpreise ein bisschen hochzuschrauben. Das wirkt sich natürlich sofort auf die Zielgruppen aus, dass auch von den Unterstützern nicht mehr alle bereit sind mitzufahren.

Es ist also weniger so, dass wir von uns aus sagen, dass wir diese Sachen nicht mehr machen können, sondern wir müssen an allen Stellen versuchen, die Kostensteigerung durch erhöhte Teilnahmegebühren abzufangen, weil wir nicht noch mehr Sondertöpfe anzapfen können, als wir das sowieso schon bei jeder Maßnahme tun und extra

Projektanträge schreiben. Das Maß ist an der Stelle wirklich voll. Wir haben Maßnahmen, bei denen vier bis fünf Sondertöpfe von den Kirchen, von der Diakonie usw. angezapft werden, um die durchführen zu können. Was das für eine Schreibearbeit ist, kann man sich auch vorstellen. Eine Dynamisierung von 2 % reicht natürlich nicht aus und ist auch nicht im Gesetz festgeschrieben; das muss ich niemandem sagen. Da muss in dieser Legislaturperiode eine Lösung her.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Wir sind eigentlich schon über die Zeit. Ich lasse aber noch eine letzte Frage zu, wieder mit der Bitte um eine kurze Antwort.

Angela Freimuth (FDP): Ich will zwei Nachfragen stellen, die sich möglicherweise weniger an unsere Gäste richten, denen ich ganz herzlich für ihren Impuls, aber vor allem Ihnen, Ihren Mitgliedern und den vielen Mitarbeitenden in der Weiterbildung ganz herzlich für das große Engagement danken möchte, was Sie alle miteinander leisten.

Gibt es Gespräche mit der Landesregierung bezüglich dieser Rückforderung, die Sie, Frau Schweizer, angedeutet haben? Gibt es schon irgendein Ergebnis? Das interessiert im Zweifel nicht zur heutigen Sitzung, aber im Nachgang wäre es sicherlich hilfreich.

Ich habe noch eine Nachfrage zu der gerade abgelaufenen Antragsfrist für die Leistungen aus dem Energienotfallfonds, wie dort das Antragsverfahren wahrgenommen wurde, ob es schon Auszahlungen gibt oder ob eben bis zum Stichtag gewartet wurde. Können Sie das beantworten oder möglicherweise die Landesregierung?

Sonja Schweizer (Landesarbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke): Uns wurde so oft gesagt, warten Sie ab, warten wir, bis die Zahlen da sind. Wir haben jetzt für diese Sitzung heute genauso wie der Gesprächskreis noch mal für die LDB zusammengetragen, wo die Einrichtungen stehen. Diese Gespräche werden sich anschließen; die sind von enormer Wichtigkeit. Wir haben verschiedene Gespräche über Möglichkeiten, die wir sehen, auch intern schon geführt. Wir werden ganz sicher auf das MKW zukommen und diese Gespräche auch noch mal in Vertretung für die einzelnen Einrichtungen führen.

Bisher wurde uns immer gesagt: Eine Einrichtung, die Schwierigkeiten hat, soll das MKW direkt ansprechen. – Wir wissen aber, dass es oftmals sinnvoller ist, wenn das über die Vorsitzenden und Sprecherinnen und Sprecher der Landesorganisation geht, weil dann keine Einzelfalllösungen, sondern generelle Lösungen gefunden werden können, die für alle Einrichtungen gelten. Wir wünschen uns natürlich, dass alle Einrichtungen, die Schwierigkeiten haben, eine gute Lösung angeboten bekommen.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Vielen Dank. – Dann gebe ich das Wort an die Frau Ministerin.

Ministerin Ina Brandes (MKW): Auch von mir natürlich herzlichen Dank für Ihren Einsatz und für den kompetenten Vortrag heute. Geben Sie das auch gerne bitte an Ihre Kolleginnen und Kollegen weiter. – Ich wollte die Frage von Frau Freimuth beantworten.

Wir haben die Billigkeitsrichtlinie Energiefonds Weiterbildung veröffentlicht, wie Sie wissen. Wir haben rund 340 Weiterbildungseinrichtungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft. Von diesen 340 hatten sich mit Stand 13. April 44 mit Anträgen bei uns gemeldet. Diese Anträge werden aktuell geprüft; es war ja auch erst letzte Woche. Im Anschluss werden die Mittel zugewiesen. Wir vermuten, dass die zurückhaltende Inanspruchnahme eher ein Indiz dafür ist, dass die Belastung durch die Energiepreisebremse insgesamt nicht so groß geworden ist, wie man mal angenommen hat. Das erleben wir durchaus auch in anderen Einrichtungen, denen wir mit Energiekostenzuschüssen helfen. Es ist aber noch zu früh, das zu beurteilen.

Ich wollte zwei Punkte darüber hinaus anmerken, weil auch über Coronahilfe gesprochen worden ist. Wir hatten eine sechste Runde des Notfonds Weiterbildung mit dem Zeitraum 1. September bis 31. Dezember 2022; da standen noch mal 4,9 Millionen Euro als Hilfen vor dem Hintergrund der Coronapandemie und deren Auswirkungen zur Verfügung. Davon sind 1,4 Millionen Euro in Anspruch genommen worden. Das ist vergleichsweise wenig, deckt sich in gewisser Weise aber mit dem, was Sie glücklicherweise berichtet haben, dass sich die Lage doch günstig entwickelt hat und dass Sie eben doch viele Veranstaltungen ab Mai stattfinden lassen konnten, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer glücklicherweise zurückgekehrt sind und Ihre Angebote auch in Anspruch genommen haben; insofern passt das zusammen. Gleichwohl gab es eben tatsächlich noch etwas Bedarf, sodass eben noch mal 1,4 Millionen Euro gebunden worden sind.

Zu den Rückzahlungen: Uns sind aktuell zwei von diesen 340 Weiterbildungseinrichtungen bekannt, die sich bei uns zu dem Thema gemeldet haben. Es wird im Moment in der Fachabteilung mit diesen Einrichtungen direkt gesprochen, wie wir damit umgehen können.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Damit beschließe ich die Diskussion und bedanke mich noch mal bei Frau Sokolowsky, Frau Rösener und Frau Schweizer. Ich wünsche Ihnen eine gute Heimreise.

(Beifall von allen Fraktionen)

2 **Lehrstellenbesetzungsoffensive.NRW – Aufklaffende Lehrkräftelücke jetzt vorausschauend und qualitätssichernd schließen!**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1102

Ausschussprotokoll 18/187 (*Anhörung am 07.03.2023*)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Der Antrag wurde am 04.11.2022 nach Beratung mit den Stimmen aller Fraktionen an den Ausschuss für Schule und Bildung – federführend – sowie an den Wissenschaftsausschuss überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.)

Angela Freimuth (FDP) stellt fest, die Sachverständigen sähen großen Bedarf beim Ausbau der Studienplätze gerade für das Lehramt an Grundschulen und Förderschulen sowie bei der Einrichtung ortsnaher Studien- und Qualifizierungsmöglichkeiten. Dabei möge man auch Kooperationen mit den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften nutzen. Belastende Maßnahmen wie die Reduzierung der Teilzeitmöglichkeiten führten hingegen zu einer weiteren Verringerung der Zahl der Lehrkräfte an den Schulen.

Gerade in der Region Aachen brauche man mit Blick auf die regionale Verteilung mehr Kapazitäten für die Lehramtsausbildung. Die Dependancelösung und die vorangehende Diskussion erinnere sie an die Medizinerversorgung in OWL und die seinerzeitige Dependancelösung dort. Alle Regionen Nordrhein-Westfalens müssten grundständig ausgebildeten Lehrkräfte für die unterschiedlichen Schulangebote finden können.

Raphael Tigges (CDU) unterstreicht, alle wollten für ausreichend Lehrkräfte sorgen, wofür sich die Landesregierung schon auf verschiedenen Ebenen einsetze wie etwa mit dem Handlungskonzept Unterrichtsversorgung, das einen Großteil der Forderungen des FDP-Antrags bereits enthalte. Bis 2026 würden über die Besoldungsanpassung 900 Millionen Euro investiert, um die finanzielle Wertschätzung auszudrücken und die Attraktivität des Lehramts zu steigern. Das MKW fördere ausländische Lehrkräfte über das Programm Lehrkräfte PLUS, das sich insbesondere an geflüchtete Lehrkräfte richte. Das MSB fördere mit einem Programm internationale Lehrkräfte. Der Koalitionsvertrag sehe den Ausbau der Studienplätze für die Lehramtsausbildung vor. Die Universitäten kooperierten erfolgreich mit den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, um die Ausbildungskapazitäten zu steigern. Den Antrag der FDP-Fraktion halte er daher für überflüssig.

Julia Eisentraut (GRÜNE) unterstreicht, der Entwicklungsprozess, um den Lehrkräftemangel zu überwinden, sei bereits in vollem Gange. Die Schulministerin habe betont, zunächst mit den am Schulleben Beteiligten in einem konstruktiven Austausch zu sprechen, um geeignete Maßnahmen zu entwickeln. Neben mehr Studienplätzen brauche man auch kurzfristige Maßnahmen, weil die Ausbildung eben ihre Zeit benötige. Schon in den Sommerferien habe die Landesregierung die ersten Arbeitsgruppen zur Unterrichtsversorgung eingesetzt. An die FDP richtet sie den Hinweis, der Lehrkräftemangel habe sich unter der letzten Landesregierung und dem FDP-geführten Schulministerium deutlich vergrößert.

Dr. Bastian Hartmann (SPD) sieht einige sinnvolle Punkte in dem Antrag wie die Vereinfachung des Seiteneinstiegs, die bessere Einbindung ausländischer Lehrkräfte, die Erschließung neuer Personengruppen, regionale Angebote und die Berücksichtigung der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften. Allerdings wolle die FDP mit ihrem Antrag der Arbeit der Landesregierung in der letzten Legislaturperiode die Absolution erteilen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der AfD-Fraktion ab.

3 Kernkraft heißt Zukunft – Versorgungssicherheit gewährleisten, Energiepreise stabilisieren, unseren klugen europäischen Partnern folgen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/2560

Ausschussprotokoll 18/192 (*Anhörung am 15.03.2023*)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Der Antrag wurde am 26.01.2023 nach Beratung mit den Stimmen aller Fraktionen an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie – federführend –, an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume sowie an den Wissenschaftsausschuss überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.)

Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD) greift die öffentlich und politisch geäußerte Kritik an der Abschaltung der letzten drei deutschen Atomkraftwerke auf und weist darauf hin, die Ukraine betreibe nach wie vor Kernkraftwerke, was die Grünen offenbar tolerierten. Zwar halte er die deutsche Angst vor Atomkraftwerken für berechtigt, erkenne aber deutliche Vorteile, die die Nachteile aufwögen. Fast in der gesamten restlichen Welt würden neue Kernkraftwerke errichtet, und die EU zähle Kernkraftwerke zur Taxonomie der förderbaren Energien. Er bezeichnet Kernenergie auch mit Blick auf Fusionsreaktoren als wichtige Brückentechnologie und ihre Abschaffung als Fehler.

Julia Eisentraut (GRÜNE) begrüßt den Atomausstieg. Die Energiesicherheit in Deutschland bleibe ausweislich des Bundeswirtschaftsministeriums gewährleistet und auch im internationalen Vergleich nach wie vor sehr hoch. Den nun vollzogenen Atomausstieg hätten Union und FDP 2011 beschlossen. Der massive Ausbau der erneuerbaren Energien schaffe weitere Versorgungssicherheit wie auch die weitere Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Stromnetze. Sie widerspricht, auch im Ausland werde Atomenergie reduziert, wenn sie etwa an Frankreich denke, wo es in den nächsten Jahren wegen der Stilllegung alter Atomkraftwerke und mangels entsprechenden Ersatzneubaus zu einer faktischen Reduzierung kommen werde. Auch andere Staaten erkennen mit Blick auf die Bauzeiten und die Mängel, dass man sich besser auf andere Energieträger fokussiere.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

4 Mehr Chancengleichheit im Studium! Die Landesregierung muss einen Masterplan für den Übergang von der Schule an die Hochschule vorlegen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/3667

(Der Antrag wurde am 30.03.2023 nach Beratung mit den Stimmen aller Fraktionen an den Wissenschaftsausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.)

Der Ausschuss beschließt einstimmig eine schriftliche Anhörung.

5 IT-Sicherheit an Wissenschaftseinrichtungen stärken

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/3669

(Der Antrag wurde am 30.03.2023 nach Beratung mit den Stimmen aller Fraktionen an den Wissenschaftsausschuss – federführend –, an den Innenausschuss sowie an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.)

Der Ausschuss kommt überein, keine Anhörung durchzuführen, sondern nach dem Abschluss der Beratungen in den mitberatenden Ausschüssen abzustimmen.

6 Der Korruption in der Ukraine entgegenwirken – Nordrhein-Westfalen unterstützt Lwiw als Modellstadt der Ukraine

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/3647

(Der Antrag wurde am 29.03.2023 nach Beratung mit den Stimmen aller Fraktionen an den Innenausschuss – federführend – sowie an den Wissenschaftsausschuss überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.)

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich und nicht pflichtig zu beteiligen.

7 Vorkommnisse an der Westfälischen Hochschule in Gelsenkirchen (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1103

Dr. Bastian Hartmann (SPD) spricht von erschütternden und berührenden Berichten; handele es sich zwischen Hochschullehrkräften und Studierenden doch um ein besonderes, mitunter fragiles und besonders schützenswertes Vertrauensverhältnis. Nach seinem Verständnis des Berichts sehe die Landesregierung die Verantwortung hauptsächlich bei den Hochschulen und nicht bei der Politik, was er für unpassend hielte, wenn man über strukturelle Probleme spräche. Er möchte wissen, ob die Landesregierung ein vereinfachtes Beschwerdesystem für Studierende und Bedienstete auch außerhalb der Hochschule und eine landesweite Bestandsaufnahme plane.

Angela Freimuth (FDP) betont, Machtpositionen dürften in allen Bereichen nicht missbraucht werden, was alle gemeinsam verhindern wollten. Zwar handele es sich nicht um den Regelfall, aber an den Hochschulen nehme sie durchaus eine hohe Sensibilität für diese Themen wahr, an denen es teilweise schon Instrumente wie etwa Vertrauensstellen oder Ombudsstellen gebe. Sie bittet die Landesregierung um eine entsprechende Übersicht, um sich sodann mit den Hochschulen darüber auszutauschen und gute Beispiele für die anderen herauszuarbeiten.

Julia Eisentraut (GRÜNE) erkennt mit Verweis auf den Gender-Report seit dem Jahr 2019 ein klares strukturelles Problem, wonach mehr als jede zweite Person mindestens eine Form geschlechtsbezogener Gewalt an einer Hochschule erlebt habe, und zwar Frauen und nichtbinäre Menschen häufiger als Männer. Fast ein Drittel der Studierenden oder Mitarbeitenden hätten im Studium oder während der Arbeit sexuelle Belästigung erlebt, wobei die Dunkelziffer höher liege. Die Frage, ob es sich denn um ein strukturelles Problem handele, offenbare also die Unkenntnis des Gender-Reports. Abschließend schließt sie sich den Fragen von Angela Freimuth an.

Raphael Tigges (CDU) sieht die originäre Zuständigkeit bei den Hochschulen, von denen sehr viele schon über Instrumente verfügten, um die Sachverhalte eigenverantwortlich zu prüfen und rechtliche Schritte zu ergreifen. Er begrüßt den Vorschlag, von den Besten zu lernen. Das Ministerium verweise auf die Förderung des Landes, um die Hochschulen dabei zu unterstützen. Dabei gehe es nicht nur um Gleichstellungsprojekte, sondern auch um Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt an Hochschulen. Die Politik dürfe nicht müde werden, bei jedem Einzelfall aufzumerken, die Strukturen zu überprüfen und die Hochschulen zu unterstützen, an denen sich die Situation sehr unterschiedlich darstelle. Es handele sich um einen fortwährenden Prozess. Nie werde man alles aufklären können. Fälle wie diese stellten immer nur die Spitze des Eisbergs dar.

Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD) meint, Kriminalität finde sich überall und könne nie ganz verhindert werden. Auch verbleibe stets ein Dunkelfeld. Es liege in der Natur der Sache, dass Doktorväter und Doktormütter über große Macht verfügten. Trotzdem müsse man sich der Sache annehmen und wie bei anderen Organisationen auch eine rote Linie ziehen. In der Wirtschaft gebe es Compiencesysteme, die viel bewirkten. Bewährt hätten sich auch Whistleblower und Vertrauenspersonen außerhalb der Organisationen.

Ministerin Ina Brandes (MKW) unterstreicht die Einigkeit im Kampf gegen jede Form von Machtmissbrauch und sexualisierter Gewalt an Hochschulen, was auch die Hochschulen sehr ernst nähmen. Der Gender-Report gehe sehr ausführlich auf die Maßnahmen der Hochschulen der letzten Jahre ein und attestiere einen großen Fortschritt, wenn auch noch viel zu tun bleibe, weshalb man den Weg konsequent fortsetzen müsse. Die Hochschulen setzten unterschiedliche Maßnahmen um, was teilweise auf die Situation vor Ort, teilweise auch daran liege, wann sie sich auf den Weg gemacht hätten.

Auch sie erkenne die Notwendigkeit, über das Schutzniveau zu sprechen. Ihr Haus ermittle gegenwärtig, welche Maßnahmen es an den einzelnen Hochschulen gebe. Zudem stelle die Landesregierung den Hochschulen zusätzliche Mittel für die personelle Verstärkung der Gleichstellungsarbeit und die Umsetzung von Gleichstellungsprojekten zur Verfügung, die explizit auch für Maßnahmen gegen sexualisierte Belästigung und Gewalt verwendet werden dürften. Ihr Haus begleite die Hochschulen auch inhaltlich und habe sie um Mitteilung gebeten, in welchem Umfang und für welche Maßnahmen dies stattfinde, um den Umsetzungsstand bewerten zu können.

Die Universität Köln weise darauf hin, das Verfahren dauere sehr lange. Sie habe sehr gute Vorschläge unterbreitet, die die fachlich zuständige Abteilung ihres Hauses gegenwärtig berate, um das Verfahren zu beschleunigen und den Opferschutz noch besser zu gewährleisten, wobei die Gesetze im Wesentlichen nicht bei ihr ressortierten.

Dr. Bastian Hartmann (SPD) konstatiert, selbstverständlich handele es sich um ein strukturelles Problem, das strukturelle Antworten erfordere. Die Machtstrukturen und -verhältnisse bezeichne er als das Ergebnis politischer Entscheidungen, die wenigstens teilweise Möglichkeiten für den Machtmissbrauch enthielten, weshalb die Politik Eskalationsmechanismen anbieten müsse. Dafür brauche man Anlaufstellen außerhalb der Hochschule, externe Beratung und möglicherweise andere Sanktionstatbestände. Verweise auf die Hochschulfreiheit dürften die Betroffenen wohl als zynisch begreifen.

Julia Eisentraut (GRÜNE) meint, es brauche auch einen Kulturwandel in der Wissenschaft, den man aber nicht verordnen könne. Die Stimmen in der Wissenschaft selbst würden lauter, die verfassten Studierendenschaften seien unglaublich aktiv, verböten sich die politische Einmischung und forderten stattdessen eben den Wandel aus den Hochschulen heraus. Vor diesem Hintergrund brauche man austarierte Maßnahmen. Dem Umstand, dass an einzelnen Hochschulen Strukturen fehlten, damit zu begegnen,

Doppelstrukturen außerhalb zu schaffen, helfe aber nicht. Niemand wolle das Problem verharmlosen, denn rechne man die Zahlen aus den Gender-Reports hoch, spreche man aktuell immerhin über mehr als 200.000 Betroffene an den Hochschulen. Es gelte nun, die existierenden Strukturen zu stärken und Unterstützung anzubieten, wie die Ministerin angekündigt habe.

Dr. Bastian Hartmann (SPD) verweist auf den Gender-Report, wonach zwar viele Hochschulen Maßnahmen ergriffen, es aber an systematischen Handlungsstrategien fehle.

8 Fortbestand des Semestertickets *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1102

Dr. Bastian Hartmann (SPD) bittet die Landesregierung um Einschätzung der rechtlichen Probleme für die Studierendenschaft, zumal die Studierenden nach einem Gutachten im Auftrag des AStA der Universität Dortmund eventuell haften müssten. Auch möge sie zur angekündigten Zwischenlösung zum Wintersemester näher ausführen.

Ministerin Ina Brandes (MKW) betont, das juristische Risiko, dass die solidarische Finanzierung nach der Einführung des Deutschlandtickets keinen Bestand mehr habe, sei allen bewusst, weshalb insbesondere die ASten die Rechtsberatungskosten scheuten. Bei der Konzeption des Deutschlandtickets habe das Bundesverkehrsministerium schlicht nicht an die Kollateralschäden gedacht, sodass man nun vor einem Scherbenhaufen stehe. Die Bundes- und Landesverkehrsminister berieten inzwischen intensiv über die bundesweite Lösung, die dadurch erschwert werde, dass es bislang eine sehr unterschiedliche Ticketsituation für Studierende gebe. Die Wissenschaftsminister drängten jedenfalls sehr auf die Problemlösung, wobei die Zuständigkeit eindeutig bei den Verkehrsministerien liege.

Auf die Nachfrage von **Angela Freimuth (FDP)** räumt **Ministerin Ina Brandes (MKW)** ein, die Landesregierung sehe jedenfalls das Risiko, dass die im Rechtsgutachten vertretene Einschätzung zutreffen könnte, weshalb sie sehr intensiv daran mitarbeite, es nicht dazu kommen zu lassen.

Von **Dr. Bastian Hartmann (SPD)** danach befragt, was die Ministerin denn konkret tue, um das Risiko zu verhindern, unterstreicht **Ministerin Ina Brandes (MKW)**, die Zuständigkeit liege ganz klar bei den Verkehrsministerien, die nicht die Hände in den Schoß legten. Die Wissenschaftsministerien drängten sehr auf eine Lösung.

Angela Freimuth (FDP) fragt nach einem Zeitplan, bis wann die Verkehrsminister eine Lösung finden wollten. Sie bittet darum, den Ausschuss in geeigneter Weise über weitere Erkenntnisse zu unterrichten, und um Einschätzung, ob das Ministerium eine erneute Urwahl an den nordrhein-westfälischen Hochschulen wie bei der seinerzeitigen Einführung des Semestertickets für erforderlich halte.

Ministerin Ina Brandes (MKW) sagt zu, über eine Lösung zu informieren, die die Wissenschaftsminister bis zum Wintersemester anmahnten. Der nordrhein-westfälische Verkehrsminister agiere sehr engagiert. Die Umsetzung werde sehr von der Regelung selbst abhängen.

Raphael Tigges (CDU) zeigt sich irritiert darüber, dass FDP und SPD offenbar keine Informationen aus dem Bundesverkehrsministerium erhielten, sondern nun versuchten, Druck über das nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerium aufzubauen. Er vermisse klare Vorgaben der Ampelkoalition und bedauere, dass man sich nicht im Vorfeld auf die Konsequenzen besonnen habe. Es gehe jedenfalls nicht an zu erwarten, NRW möge das Problem alleine lösen. Die Landesregierung trage die finanzielle Verantwortung für Nordrhein-Westfalen und wolle selbstverständlich die Auswirkungen auf den Landeshaushalt kennen.

Dr. Bastian Hartmann (SPD) unterstreicht, man spreche doch nicht nur über Rechtsberatungskosten und unangenehme Nebeneffekte, sondern im schlimmsten Fall über die komplette Erstattung der Gebühren für das Semesterticket, mithin über Millionenbeträge. Wie niemand sonst müsse das Wissenschaftsministerium das besondere Finanzierungsmodell des Studierendentickets auf dem Schirm haben. Er bezeichnet die Ministerin als Schutzpatronin für die Studierenden in Nordrhein-Westfalen, weshalb sie nicht einfach auf das Verkehrsministerium verweisen dürfe, weil dort das Haftungsrisiko für die Studierenden nicht gelöst werden könne.

Angela Freimuth (FDP) berichtet von konstruktiven und ergebnisorientierten Diskussionen auf Bundesebene. Die Ministerin stelle dem Ausschuss und damit auch der Öffentlichkeit die erbetenen Auskünfte zur Verfügung, was einen ganz anderen Charakter habe als informelle Gespräche zur konstruktiven Begleitung der zuständigen Fachminister. Die Bundesländer verfügten über ganz unterschiedliche Regelungen zum Semesterticket. Die Zuständigkeit für die Studierendenwerke und die Studierenden liege bei den Ländern. Sodann weist sie darauf hin, das Schutzpatronat für die Studierenden komme neben dem Ministerium auch dem Fachausschuss zu. Gemeinsam werde man gewiss ein gutes Ergebnis erzielen.

Julia Eisentraut (GRÜNE) teilt mit, die Studierenden berichteten von sehr konstruktiven und regelmäßigen Gesprächen mit dem Verkehrsministerium. Die unabhängigen verfassten Studierendenschaften suchten den Dialog mit dem Verkehrsministerium schon lange, weshalb es einen regelmäßigen konstruktiven persönlichen Austausch gebe. Die SPD überziehe das Problem im Wissenschaftsausschuss mit Blick auf die Ernsthaftigkeit der Situation, in der alle gemeinsam an einer Lösung arbeiteten, in unangemessener Weise.

Ministerin Ina Brandes (MKW) schließt sich Julia Eisentraut an. Sodann zeigt sie sich über die Einschätzung von Angela Freimuth als Vertreterin der FDP beruhigt, eine vernünftige Lösung für die Studierenden in Nordrhein-Westfalen zu finden.

Auf die Frage von **Dr. Bastian Hartmann (SPD)**, was sie denn nun den Studierenden in Nordrhein-Westfalen rate, antwortet **Ministerin Ina Brandes (MKW)**, sie sollten weitermachen wie bisher und mit dem Verkehrsminister sprechen, um gemeinsam ein gutes Ergebnis für Nordrhein-Westfalen zu erzielen.

9 Verschiedenes

Der Ausschuss beschließt die Sitzungstermine für 2024. Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig, seine Sitzung in vertraulicher Sitzung fortzusetzen.

gez. Prof. Dr. Daniel Zerbin
Vorsitzender

Anlage

30.05.2023/19.06.2023



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des
Wissenschaftsausschusses
Herrn Prof. Dr. Daniel Zerbin MdL
- per E-Mail -

BASTIAN HARTMANN
Wissenschaftspolitischer Sprecher der
SPD-Fraktion

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.8842073
Email:
bastian.hartmann@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

04.04.2023

Beantragung von TOPs für die Sitzung am 19.04.2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgende Berichtspunkte für die kommende Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 19. April 2023:

1. Vorkommnisse an der Westfälischen Hochschule in Gelsenkirchen

In verschiedenen Medien wird über Machtmissbrauch einer lehrenden Person an der Westfälischen Hochschule berichtet (vgl. Spiegel-Online vom 4.4.2023 oder WAZ vom 4.4.2023). Die Hochschule hat zu diesen Vorfällen eine Erklärung auf ihrer Homepage abgegeben. „Uns sind von Studierenden Vorwürfe eines grenzüberschreitenden Machtmissbrauchs durch eine lehrende Person zur Kenntnis gebracht worden. Unmittelbar nach Bekanntwerden haben wir Maßnahmen ergriffen, um etwaigen weiteren Machtmissbrauchsfällen vorzubeugen. Unabhängig von diesem Fall gehen wir Vorwürfen zur Diskriminierung jedweder Art unmittelbar nach. Der Umgang mit solchen Fällen verläuft dabei entlang klar geregelter dienstrechtlicher Verfahren. Dazu gehört auch - wie in diesem Fall - die vorläufige Dienstenthebung und die Einleitung eines Disziplinarverfahrens.“¹

Wir bitten die Landesregierung um einen Bericht zum aktuellen Fall und eine Auflistung von grenzüberschreitenden Verhalten gegenüber Studierenden und Mitarbeitenden der letzten 10 Jahre.

Welche Möglichkeiten haben Studierende missbräuchliches Handeln zu melden?
Welche Formen von Prävention, Intervention und Aufarbeitung von sexualisierter bzw. psychischer Gewalt gegen Studierende liegen an den Hochschulen des Landes vor?

¹ <https://www.w-hs.de/aktuelle-berichterstattung/informationen-fuer-medienvertreterinnen/> (zuletzt aufgerufen am 4.4.2023)



Welche Maßnahmen werden zum Schutze von Studierenden seitens des Landes getroffen?

2. Fortbestand des Semestertickets

Im Zuge der Einführung des Deutschlandtickets zum 1. Mai 2023 bitten wir die Landesregierung um einen Sachstandsbericht zum Fortbestand des Semestertickets für Studierende in NRW.

Bei dem Bericht bitten wir auch um die Beantwortung der Rechtsauffassung der Landesregierung bezogen auf die Finanzierung des Semestertickets im Solidarmodell. Dabei möge die Landesregierung auch auf die folgenden Fragen eingehen: Ist die Realisierbarkeit eines Tickets mit deutlich geringerem Geltungsbereich rechtssicher als Solidarmodell möglich? Gibt es aus Sicht der Landesregierung rechtssichere Möglichkeiten das Semesterticket als Solidarmodell fortzuführen? Wie schätzt die Landesregierung mögliche vorzeitige Kündigungen der Semestertickets und deren Rechtssicherheit durch die Allgemeinen Studierendenausschüsse ein? Sollte es zu einer Klage gegen das Semesterticket in seiner aktuellen Form kommen, wie schätzt die Landesregierung hier die Frage der Mithaftung der Studierendenschaften ein?

Wir bitten die Landesregierung um schriftliche Berichte im Vorfeld der Sitzung und um die Anwesenheit der zuständigen Fachministerien in der Sitzung des Ausschusses am 19. April 2023.

Mit freundlichen Grüßen

Bastian Hartmann